

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Mass halten – auch bei der Zuwanderung

Wirtschaftlich attraktive Städte wie Zürich spüren die Zuwanderung am stärksten. Dies zeigen die Zahlen der Stadt Zürich zum Bevölkerungsstand: 2012 waren dies bereits 4000 mehr als 2011. Davon sind es überproportional mehr Ausländer, da gar 1500 Schweizer mehr aus der Stadt weggezogen sind als zugezogen. Die Einbürgerungen sind hier noch nicht einmal berücksichtigt. Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich spürbar: zunehmende Arbeitslosigkeit (Erwerbslosenquote von 5,6 Prozent unter den EU-Zuzüglern und eine derzeitige Jugendarbeitslosigkeit von über 10 %!), überfüllte Züge und verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, erhöhter Energieverbrauch, Lohndruck in Unternehmen, eine Zunahme der Kriminalität (insbesondere der Einbruchdiebstähle), und hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken.

Dass durch die Zuwanderung lediglich Hochqualifizierte einwandern, ist ebenso eine Mär. Wir haben sehr viele gut ausgebildete (z.T. sogar erwerbslose, freigestellte) Fachkräfte, die wenn immer möglich zu bezogen sind. Gerade der Ingenieurmangel konnte beispielsweise im vergangenen Jahr nicht ansatzweise behoben werden, zumal bei den 80000 Zuzüglern nur 42 Ingenieure seit letztem Jahr zuzogen sind. Die Einwanderung umfasst das ganze Spektrum und auch überproportional viele Sozialhilfebezügler, wie die Statistiken zeigen.

Nicht zuletzt hat die Einwanderung auch Einfluss auf unser Schul- und Bildungswesen. Insbesondere an städtischen Schulen sind sehr hohe Ausländeranteile zu verzeichnen. Die Konsequenzen für unser bewährtes Bildungssystem sind: Weiterer Ausbau kostenintensiver Betreuungsformen, Stellenerhöhung von Schulpsychologen, die vermehrte Notwendigkeit in den Schulen sozio-kulturelle Unterschiede zu lösen, anstatt Wissen vermitteln zu können, die Flucht wirtschaftlich stärkerer Familien aus dem öffentlichen städtischen Schulsystem in Privatschulen oder in die Agglomeration und somit die zunehmende Verschlechterung der Qualität in den städtischen Schulen.

Unsere politischen Aussagen werden durch die amtlichen Zahlen klar unterstützt. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Sicherheit, Arbeitsplätze, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand in der Schweiz.

Die Gegenseite hat Aufklärungsbedarf: Unsere Initiative will weder einen generellen Stopp der Zuwanderung, noch verlangt sie die Kündigung der bilateralen Abkommen mit der EU. Sie gibt dem Bundesrat aber klar den Auftrag, mit der EU Nachverhandlungen über die Personenfreizügigkeit und damit über die eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung zu führen.

Halten wir Mass – auch bei der Zuwanderung. Dies sind wir auch unseren Nachkommen schuldig.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Verzicht auf eine Verlegung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten

Mit einer gemeinsamen Motion der SP-, CVP-, FDP- und der SVP-Fraktion soll die Verlegung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten verhindert werden. Dieses Vorhaben stösst im Kreis 9 auf massiven Widerstand der Bevölkerung.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Innert kürzester Zeit wurde eine Petition gegen die Tramverlegung von mehreren Tausend Personen unterzeichnet. Trotzdem will der Stadtrat, vertreten durch Andres Türlér, an seinen Plänen für die neue Tramverbindung festhalten. Er begründet dies mit der Annahme, dass eine weitverbreitete Unzufriedenheit im Quartier zum Anlass genommen wird, um gegen die neue Streckenführung mobil zu machen.

Der Stadtrat rechnet damit, dass die Passagierzahlen am Bahnhof Altstetten in den nächsten Jahren massiv zunehmen werden und die Beförderungskapazität durch die Busse nicht mehr ausreichen wird. Gleichzeitig mit dem Bau der Tramlinie soll eine neue «Bahnhofstrasse» in Altstetten entstehen, so wie sie früher bestand. Aus den genannten Gründen, lehnt der Stadtrat die Motion ab und beharrt auf der neuen Streckenführung.

Kein Nutzen für Bevölkerung und Gewerbe

Die Gegner der Umleitung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten begründen hingegen in ihrer Motion folgendermassen die Ablehnung der neuen Streckenführung: «Durch die Umleitung würde nicht nur der Quartierplatz Lindenplatz isoliert, son-

dern auch die Haltestelle Bachmattstrasse nicht mehr durch das Tram bedient. Das Entfernen der Tramgleise würde ohne Not eine gut funktionierende und für das Quartier wichtige Infrastruktur zerstören. Während die Hohlstrasse zukünftig durch die Limmattalbahn und die Tramlinie 2 bedient würde, wäre ein markanter Teil von Altstetten von einer Tramverbindung abgeschnitten. Gerade die vielen älteren Menschen, die den Quartiermarkt am Lindenplatz besuchen, müssten längere Fusswege in Kauf nehmen und dabei erst noch mehrere Strassen überqueren.

Die geplante Verkehrsberuhigung in der Altstetterstrasse würde mit der gleichzeitigen Tramverlegung weder für Fussgängerinnen und Fussgänger noch für das Gewerbe einen Vorteil bringen. Dies, weil der gewonnene Raum für die Traminfrastruktur gebraucht würde und die Altstetterstrasse von einem Tram befahren würde.

Eine direkte Umsteigemöglichkeit auf die Limmattalbahn ist auch bei einem Verzicht der Tramlinienverlegung beim Farbhof gewährleistet. Die Fahrzeit zwischen dem Stadtzentrum und Schlieren würde durch eine Umleitung zum Bahnhof Altstetten unnötig verlängert.

Zudem führt die geplante Tram- und Bushaltestelle Bahnhof Altstetten zu langen Umsteigewegen über die stark befahrene Hohlstrasse. Täglich würden an dieser Haltestelle Tausende von Pendlerinnen und Pendler umsteigen und die Hohlstrasse queren. Gefährliche Situationen und Konflikte zwischen Verkehrsteilneh-

menden sind vorprogrammiert.

Wichtige Unterstützung

Die Verlegung der Tramlinie 2 würde eine massive Verschlechterung für die Quartierbevölkerung und das Gewerbe bewirken, weswegen darauf zu verzichten ist. Ein Verzicht wird auch den städtischen Finanzhaushalt entlasten. 6300 Unterschriften, die in kurzer Zeit in einer Petition gegen die Umleitung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten gesammelt worden sind, bezeichnet Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef im Gemeinderat, als Zeichen dafür, dass der Stadtrat auf dieses Projekt unbedingt verzichten muss. Roger

Bartholdi, SVP, unterstreicht nochmals die Notwendigkeit einer Ablehnung der vom Stadtrat geplanten Umleitung der Tramlinie 2 mit dem Argument, dass der Bahnhof Altstetten bereits mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen ist. Deshalb bittet er den Gemeinderat um eine wichtige Unterstützung für die Überweisung der Motion an den Stadtrat.

Unter Namensaufruf überweist der Gemeinderat dem Stadtrat die Motion mit 92 JA zu 12 Nein (GLP) und 14 Enthaltungen (Grüne), die eine Umleitung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten verhindern möchte.

BEZIRKSGERICHT ZÜRICH

Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2014–2020

Am 9. Februar 2014 finden in der Stadt Zürich nebst den Erneuerungswahlen für Gemeinderat, Stadtrat und Stadtpräsidium auch die Erneuerungswahlen des Bezirksgerichtes Zürich für die Amtsdauer 2014–2020 statt.



Roland Schmid
Oberrichter
SVP Stadt Zürich

Dabei sind 52 Vollämter und 20 Teilämter (zu je 50 %) sowie das Präsidium zu besetzen.

Das Bezirksgericht Zürich ist mit mehr als 300 Mitarbeitenden und über 20000 Verfahren pro Jahr das weitaus grösste Zivil- und Strafgericht der Schweiz und geniesst bei Rechtsuchenden und Anwälten gleichermaßen ein hohes Ansehen. Zur Sicherung dieses Standards haben sich die acht grössten im Bezirk Zürich vertretenen politischen Parteien (AL, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP und SVP) in der sog. IPK (Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich) zusammen geschlossen.

Gemeinsame Wahlvorschläge

Dieser Zusammenschluss dient insbesondere der Vorbereitung von Bezirkswahlen (neben Richterwahlen fallen auch die Wahl der ordentlichen Staatsanwälte im Bezirk Zürich oder die Wahl des Statthalters und der Mitglieder des Bezirksrates darunter). Ziel der Konferenz ist es, fachlich und persönlich gut qualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen vorzuschlagen, die mehrheitlich erkorenen Kandidaten gemeinsam zu unterstützen, den Wahlkampf gemeinsam zu führen und Ansprüche ausserhalb der Konferenz stehender Gruppierungen abzuwehren.

Im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerungswahl vom 9. Februar 2014 hat neben der Interparteilichen Konferenz (IPK) eine Vereinigung namens ZÜR1 (Zentrum für überparteiliche Richter) einen Wahlvorschlag mit 27 aus diversen (nicht juristischen) Berufen stammenden Personen für die 52 Vollämter und 19 Personen für die 20 Teilämter eingereicht.

Für ein Teilamt kandidiert sodann noch eine weitere Person.

Fachliche Prüfung

Im übergeordneten Interesse einer funktionierenden Rechtspflege überprüft die IPK jeweils vorgängig eingehend die fachlichen und persönlichen Kompetenzen ihrer Kandidatinnen und Kandidaten. Diesbezüglich wird in fachlicher Hinsicht ein juristischer Hochschulabschluss als Minimum vorausgesetzt; wünschenswert sind darüber hinaus zusätzliche Fachausweise wie etwa Rechtsanwaltspatent und/oder Doktorat. Ferner ist eine mindestens dreijährige erfolgreiche Praxis in Rechtspflege bzw. Advokatur nötig, wobei die Gerichtspraxis in der Regel wenigstens ein Jahr betragen soll. Die IPK unterstützt daher bei den kommenden Erneuerungswahlen alle bisherigen Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter sowie drei Ersatzkandidaten für zurücktretende Bezirksrichterinnen/Bezirksrichter vorbehaltlos und empfiehlt diese, das heisst die in der Liste 1 betr. die 52 Vollämter aufgeführten und die in der Liste A betr. die 20 Teilämter aufgeführten Personen uneingeschränkt zur Wahl.

Kampfwahl um das Präsidium

Im Weiteren findet auch um das Präsidium des Bezirksgerichtes Zürich ein Wahlkampf statt. Als Nachfolger für den altershalber nicht mehr antretenden bisherigen Präsidenten Rudolf Kieser (FDP) stellen sich einerseits Beat Gut (FDP) und andererseits Marie Schurr (SP) zur Verfügung. Die IPK unterstützt mehrheitlich (CVP, EVP, FDP, GLP und SVP) Bezirksrichter Beat Gut, während sich eine Minderheit der IPK-Parteien (AL, Grüne, SP) für die Bezirksrichterin Marie Schurr ausspricht.

Es besteht kein Anlass, von der klaren Mehrheit der IPK abzuweichen. Beat Gut ist bereits heute stellvertretender Präsident des Bezirksgerichtes Zürich und weist eine breite Richterfahrung von mehr als 20 Jahren auf. Mit seiner überzeugenden, allseits geschätzten Persönlichkeit und der ausgewiesenen hohen Fachkompetenz ist Beat Gut als Präsident für das Bezirksgericht Zürich bestens geeignet.

ROT-GRÜNER STADTRAT AKZEPTIERT ILLEGALES VORGEHEN

Interessen der Hausbesetzerszene werden höher gewichtet als das Recht der Eigentümer

Erneut ignoriert der rot-grüne Stadtrat von Zürich das Recht eines Eigentümers eines grossen Grundstücks in Zürich.



Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionschef SVP
Zürich 4/5

Die Eigentümerin des Labitzke-Areals in Zürich-Altstetten ist im Besitz einer kantonalen Abbruchbewilligung für ein Gebäude auf besagtem Areal. In der Nacht auf Freitag wurde das stark einsturzgefährdete Gebäude durch Personen aus der Hausbesetzerszene illegal besetzt. Abermals weigert sich der rot-grüne Stadtrat, das Gelände durch die Stadtpolizei räumen zu lassen.

Einmal mehr gewichtet der Stadtrat so die Interessen der Hausbesetzerszene weit höher als das Recht der Eigentümer. Das ist eine Verhärtschung der illegalen Besetzer. Jeder private Eigentümer in unserer Stadt kann nur den Kopf schütteln. Sie haben vom jetzigen Stadtrat zum Durchsetzen ihrer Rechte keine Unterstützung.

Die Exekutive weiss nur zu gut, was diese Politik des Duldens und des

Zusehens für Auswirkungen hat: Im illegal besetzten Binz-Areal waren es ja auch sogenannte «friedliche Besetzer». Die Räumung des besagten Areals zog Sachschäden von 100000 Franken zulasten der Steuerzahlenden nach sich. Zusätzlich zu diesem Betrag kommen die immensen Sachbeschädigungen der finsternen Chao-ten und dunklen Gestalten hinzu, welche in einem regelrechten Saubannerzug aus dem besetzten Binz-Areal in den Kreis 4 zogen.

Doch auch aus diesem Beispiel hat der Zürcher Stadtrat nichts gelernt. Die stadträtliche Vorstellung vom einst freiwilligen, friedlichen und sauberen Abziehen wird ein Traum bleiben. Das Nachsehen haben die Steuerzahlenden in unserer Limmattstadt.

Die Politik des Duldens und des Zusehens hat ausgedient! Die SVP-Gemeinderatsfraktion fordert den Stadtrat auf, der Stadtpolizei sofort den Auftrag zu erteilen, das illegal besetzte Labitzke-Areal zu räumen. Jegliches weitere Zuwarten wäre fatal. Auch die Eigentümer in unserer Stadt haben ein Recht auf Schutz ihres Eigentums.

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79

inserate@zuercher-bote.ch

Wahlvorschlag der SVP

Bezirksgerichtspräsidium:

Beat Gut (Kandidat der Mehrheit der IPK-Parteien)

Erneuerungswahlen Bezirksgericht Zürich:

Liste 1, Wahlvorschlag der IPK (52 vollamtliche Mitglieder)
Liste A, Wahlvorschlag der IPK (20 teilamtliche Mitglieder)